

## Schluß

### 14 Legitimationsprobleme der Bevölkerungspolitik

**Franz-Xaver Kaufmann**

„Wir treiben, auch wenn wir offiziell keine Bevölkerungspolitik treiben, dennoch einiges mit unserer Bevölkerung, und es scheint mir notwendig zu sein, daß wir uns gelegentlich darüber klar werden.“ Diese Bemerkung von H. W. Jürgens auf dem dieser Veröffentlichung zugrundeliegenden Symposium bringt das Problem auf seine Pointe, um das es in diesen abschließenden Bemerkungen gehen soll: Ob gewollt oder nicht, eine Vielzahl gesetzgeberischer und administrativer Maßnahmen beeinflussen das Bevölkerungsgeschehen, in einzelnen Fällen ganz offensichtlich, in anderen Fällen mehr versteckt. Und umgekehrt gilt: Auch wenn eine Beeinflussung des Bevölkerungsgeschehens gewollt wird, so ist noch keineswegs ausgemacht, daß die gewünschte Entwicklung durch zu diesem Zweck beschlossene gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen herbeigeführt werden kann. Daß Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung bestehen, wird allgemein anerkannt. Dennoch ist unser gesichertes Wissen über diese Zusammenhänge im Vergleich zu ihrer Bedeutung gering, wenig systematisiert und kaum im Hinblick auf die Grundlegung einer rationalen staatlichen Politik hin aufgearbeitet. Was soll dann Bevölkerungspolitik?

#### 1. Das ‚technologische‘ Mißverständnis

Die ungeklärten theoretischen Grundlagen bevölkerungspolitischer Reflexion stehen in auffallendem Gegensatz zur scheinbaren Exaktheit unseres bevölkerungswissenschaftlichen Wissens. Keine andere Sozialwissenschaft verfügt über ein gleich fest gefügtes Begriffsarsenal und gleich anerkannte Techniken der Modellbildung, mit deren Hilfe sich die Auswirkungen demographischer Veränderungen bis in weite Zukunft vorausberechnen lassen. Wenn die nachträglichen Irrtümer von Bevölkerungsvorausschätzungen immer wieder als Schulbeispiele für die Prognoseunfähigkeit der Sozialwissenschaften zitiert werden, so spricht das nicht für die besondere Irrtumsanfälligkeit der Bevölkerungswissenschaft, sondern gegen die Fähigkeit der übrigen Sozialwissenschaften, überhaupt systematisch prüfbare Prognosen zu entwickeln. Die ‚Irrtümer‘ der Bevölkerungsprognosen sind nicht in erster Linie eine Folge ungenügender Prognosemodelle (obwohl auch hier noch viele Fortschritte möglich sind), sondern die Folge nicht ausreichend gesicherter Grundannahmen für die Prognosemodelle (1). Das gilt heute insbesondere für den Bereich der Geburten und der Wanderungen, während die Sterblichkeit – solange die Unantastbarkeit menschlichen Lebens Bestandteil unserer zentralen gesellschaftlichen Wertorientierungen bleibt – zu einer weitgehend berechenbaren Konstanten zu werden tendiert.

Die scheinbare Exaktheit der Bevölkerungswissenschaft wird mit einem Verlust an Problemstellungen erkaufte: Weil Geschlecht, Geburt und Tod nahezu eindeutige, biologisch definierte Sachverhalte sind, und weil wir gewöhnt sind, auch das Alter eines Menschen nach dem Kalender zu messen, weisen die zentralen empirischen Begriffe der Bevölkerungswissenschaft eine Eindeutigkeit auf, die für die Objekte anderer Sozialwissenschaften nicht gegeben ist. Sobald die Bevölkerungswissenschaft andere Phänomene – wie z.B. Wanderungen, Einkommen, Bildungsstand oder gar soziale Schichtzugehörigkeit – in ihre Überlegungen einbezieht, wird sie mit ähnlichen Definitionsschwierigkeiten wie die übrigen Sozialwissenschaften konfrontiert.

Köpfe sind somit am einfachsten zu zählen, und von daher liegt es nahe, auch die Bevölkerungspolitik lediglich unter dem Aspekt der Kopffzahl, also als *quantitatives* Problem zu konzipieren. Was im wissenschaftlichen Denkmodell durchaus sinnvoll erscheint, nämlich die Abstraktion von der komplexen Interdependenz der gesellschaftlichen Phänomene und die Isolierung eines Faktors – hier also des demographischen – wirkt inhuman, wenn es zur Grundlage politischen Handelns gemacht wird. Die in der Mathematik so bedeutungsvolle Zahl Null tut ein übriges und gestattet uns, das Problem alternativer bevölkerungspolitischer Zielsetzungen auf drei Alternativen – Bevölkerungswachstum, Stabilisierung des Bevölkerungsstandes auf dem erreichten Niveau (auch ‚Null-Wachstum‘ genannt) und Bevölkerungsrückgang – zu reduzieren. Auf dem Niveau der Erörterung dieser drei Alternativen bewegt sich die bevölkerungspolitische Diskussion nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auf Weltebene, wobei alle drei Alternativen ihre wissenschaftlichen und politischen Vertreter finden.

Das Unbehagen deutscher Bevölkerungswissenschaftler an solchen Formen bevölkerungspolitischer Erörterungen ist sicher durch die traumatischen Erinnerungen an eine Zeit mitbedingt, in der eine ‚Herrenrasse‘ quantitative und qualitative ‚Bevölkerungspolitik‘ zu treiben versuchte, aber man sollte diese durch Erfahrung bewirkte Sensibilisierung nicht nur psychologisch zu erklären versuchen: *Legt nicht tatsächlich das bloß demographische Kalkül eine Brutalisierung des politischen Denkens und Handelns nahe?* Verführt nicht gerade die Einfachheit und Klarheit der demographischen Sachverhalte zu der Illusion, man könne auf diesem Gebiet raschere und durchgreifendere Erfolge erreichen als auf dem schwierigen und komplexen Gebiet der sozio-ökonomischen Zusammenhänge? Handelt es sich bei den intensiven, vor allem von den angelsächsischen Staaten ausgehenden Bemühungen um eine weltweite Reduktion des Bevölkerungswachstums nicht um eine Art *Ersatzhandlung* für die auch innenpolitisch weit schwieriger durchzusetzenden Maßnahmen einer effektiven Entwicklungshilfe? Liegt nicht das zugleich Verführerische und Problematische selbst des von *Forrester* entwickelten und von *Meadows* verfeinerten komplexen Weltmodells (2) in seiner immer noch zu großen Einfachheit, dem Fehlen von Regionalanalysen und der daraus folgenden Ausblendung jeglicher Interessengegensätze und sozialen Konfliktfelder, ohne deren Berücksichtigung realistische Handlungsempfehlungen unmöglich sind? Mit diesen Fragen soll nicht der große wissenschaftliche Fortschritt dieses Modells und die Bedeutung seiner Erkenntnis in Frage gestellt werden (3), sondern nur ein Wissenschafts- und Praxisverständnis, das aufgrund derartiger globaler Modelle Handlungsanweisungen ableiten zu können glaubt:

„Trotz des tentativen Charakters des hier beschriebenen Weltmodells werden verschiedene Schlußfolgerungen daraus gezogen. Der Mensch handelt seit jeher auf der

Basis von Modellen, die ihm zur Verfügung stehen. Geistige Bilder sind Modelle. Heute benutzen wir solche geistigen Modelle als Basis des Handelns. Jeder, der das Konzept einer bestimmten Politik, ein Gesetz oder einen bestimmten Handlungsablauf vorschlägt, tut dies auf der Basis des Modells, in das er zu jener Zeit das größte Vertrauen hat. Nachdem ich das hier vorgestellte Modell bestimmt und sein dynamisches Verhalten sowie seine Implikationen geprüft habe, habe ich größeres Vertrauen in dieses Weltsystemmodell als in andere, die mir zur Verfügung stehen. Deshalb wähle ich dieses Modell, um Handlungen zu empfehlen. Es ist zu hoffen, daß diejenigen, welche glauben, daß sie bereits ein besseres Modell haben, dieses in gleich detaillierter Form vorstellen, damit man seine Annahmen und Konsequenzen prüfen und mit dem vorliegenden vergleichen kann. Dieses Modell wegen seiner Mängel ohne eine konkrete Alternative zu verwerfen, würde gleichbedeutend mit der Forderung nach einem Anhalten der Zeit sein. Aber die Welt wird sich weiter drehen, wir benutzen stets das akzeptabelste verfügbare Modell“ (4).

Diese selbstbewußte Aussage enthält m.E. eine Reihe von Mißverständnissen über das Verhältnis von Wissenschaft und Handeln, die hier wenigstens andeutungsweise aufgeklärt werden sollen:

1. Richtig ist, daß sich menschliches Handeln stets an Vorstellungen über die Wirklichkeit und die in ihr waltenden Gesetze orientiert, doch ist die *Intentionalität* des Handelnden für die Handlung ebenso konstitutiv. Sofern ein ‚Weltmodell‘ Grundlage der Handlungsorientierung sein soll, wird damit die Intentionalität eines ‚Weltsubjektes‘ postuliert, mit der sich der Modellkonstrukteur identifiziert.
2. Ein solches Weltsubjekt existiert offensichtlich nicht, doch liegt es in der Absicht des Club of Rome, ein solches zu schaffen: „Wir sind überzeugt, daß jeder vernünftige Versuch, einen dauerhaften Gleichgewichtszustand durch geplante Maßnahmen herbeizuführen, letztlich nur bei grundsätzlicher Änderung der Wert- und Zielvorstellungen der Einzelnen, der Völker und auf Weltebene von Erfolg gekrönt sein wird . . . Deshalb wird der Club of Rome auch Bemühungen um das Zustandekommen eines Weltforums ermutigen, auf dem Regierungsmitglieder, Politiker, Planer und Wissenschaftler über die Gefahren und die Hoffnungen für unser künftiges Weltsystem diskutieren können, ohne den Beschränkungen formaler zwischenstaatlicher Verhandlungen zu unterliegen“ (5). Es soll also durch eine *dem Modell externe Wirkung* die Bedingung der Möglichkeit geschaffen werden, nach dem Modell zu handeln. Entsprechend war der publizistische Aufwand um das Projekt.
3. Die eigentliche Wirkung, die von der Studie ausgegangen ist, liegt deshalb nicht im Bereich einer Erweiterung des Wissens um politische Handlungsmöglichkeiten, sondern in einer *Änderung gesellschaftlicher Wertorientierungen* (6). Zweifellos hat keine andere Einzelpublikation soviel zur Brechung des bis dahin in allen Industriegesellschaften herrschenden Wachstumsoptimismus beigetragen. Das politische Handeln vollzog sich somit nicht auf der Basis des *Forrester-Modells*, sondern auf der Basis einer mehr oder weniger intuitiven Kenntnis der Beeinflussungsmöglichkeiten der öffentlichen Meinung und ausreichender Ressourcen zur Aktivierung dieser Möglichkeiten. Die politische Wirksamkeit des Modells beruht somit auf der Wirkungsweise sozialer Mechanismen, die im Modell nicht enthalten sind.
4. Das Modell ist seiner ganzen Konzeption nach ein deterministisches Modell. Ebenso wie bei den einfachen, prognostischen Bevölkerungsmodellen, jedoch unter Be-

rücksichtigung einer weit größeren Zahl von Variablen und ihrer Interdependenzen wird das Verhalten des Modells durch ihm externe Prämissen bestimmt. M.a.W., der Handelnde ist selbst nicht Bestandteil des Systems, das verändert werden soll, das Weltmodell kann *nicht lernen*. Es signalisiert ein Verhängnis und (bei Zugrundelegung anderer Ausgangsdaten) eine Hoffnung, dem Verhängnis zu entgehen, doch sagt es gerade nichts über den Weg aus, den die handelnden Subjekte unter Berücksichtigung ihrer Möglichkeiten zu gehen hätten, wenn sie dem Verhängnis entrinnen wollen (7).

5. Das Modell ist also als erste Orientierung über Weltzusammenhänge durchaus brauchbar und nicht durch ein besseres Modell vom selben Typus zu widerlegen. Man darf gespannt sein, wann die ersten Ergebnisse der von E. Pestel anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den „Club of Rome“ angekündigten Regionalstudien vorliegen. Frühestens hier werden die Interessengegensätze offenkundig werden, welche das Zustandekommen des postulierten Weltsubjekts verhindern. Aber auch nur dann, wenn der Charakter des Modells verändert wird und alternative Möglichkeiten *politischen Handelns unterschiedlicher politischer Subjekte* unter realistischer Berücksichtigung von *Handlungsrestriktionen* mit berücksichtigt werden. Es ist zu vermuten, daß ein solches, nun tatsächlich handlungsrelevantes Modell jedoch die Möglichkeiten der Wissenschaft noch auf lange Zeit überfordern wird (8).

Wir können aus diesen Überlegungen zunächst den Schluß ziehen, daß eine rationale, wissenschaftlich begründete Empfehlung für politisches Handeln nicht durch tautologische Umformung von analytischen Sätzen eines wissenschaftlichen Systems in präskriptive Handlungsanweisungen geschehen kann, wie dies einem technologischen Verständnis von Politik entspräche (9). Dieses Denkmodell liegt jedoch auch dem gängigen Verständnis des Verhältnisses von Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik zugrunde, wenn man die Lehre der Bevölkerungspolitik als ‚angewandte Bevölkerungswissenschaft‘ versteht. Ihm zufolge hat es die Bevölkerungswissenschaft mit der Erforschung der Ursachen der Bevölkerungsbewegung zu tun, und es ist dann Sache der Bevölkerungspolitik, auf diese Ursachen mit geeigneten Maßnahmen einzuwirken, um den erwünschten Effekt zu erzielen.

## 2. Zur Methode anwendungsorientierter Sozialwissenschaft

Diese Konzeption stößt zunächst auf ein praktisches Hindernis: Was als staatliche Maßnahme zur Beeinflussung demographischer Faktoren in Frage kommt – Rechtssetzungsakte, wirtschaftliche Maßnahmen, Aufklärung und Beratung – ist darauf gerichtet, menschliches Handeln zu beeinflussen, dessen Ergebnisse in aggregierter Form Bestandteil der Bevölkerungsstatistik und damit des Datenbereichs der Bevölkerungswissenschaft werden.

Die Lehre von den bevölkerungspolitischen Maßnahmen und ihrer Wirksamkeit setzte somit zumindest juristische, ökonomische, soziologische und sozialpsychologische Kenntnisse voraus, und selbst bei Vorliegen dieser Kenntnisse würde noch die politikwissenschaftliche Dimension fehlen, die den Prozeß der politischen Chancen des Zustandekommens dieser Maßnahmen zu thematisieren hätte. Die Bevölkerungs-

wissenschaft müßte also eine Fülle ihr heterogener Elemente in sich aufnehmen, wenn sie sich als ‚die‘ kompetente Grundlagenwissenschaft für die Bevölkerungspolitik verstehen wollte, was zu erheblichen personellen und institutionellen Schwierigkeiten führen würde.

Dieses Argument gewinnt noch wesentlich an Gewicht, wenn man von einer wissenschaftlichen Grundlegung der Bevölkerungspolitik nicht nur eine Lehre von *Maßnahmen* zur Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung erwartet, sondern an sie gleichzeitig die Forderung stellt, daß sie Aussagen über die *Folgen* einer abzusehenden oder von bestimmter Seite geforderten Bevölkerungsentwicklung macht. Dieses ist jedoch in gewissem Sinne sogar die erste Frage, welche die praktischen Politiker an die Wissenschaft stellen, wie gerade die gegenwärtige Diskussion in der Bundesrepublik zeigt: Zunächst muß entschieden werden, ob die gegenwärtige demographische Lage ein *politisches Problem* darstellt, d.h. ob überhaupt Anlaß dazu besteht, darüber nachzudenken, wie sie gegebenenfalls verändert werden kann. Das Unproblematische gibt keinen Anlaß zum politischen Handel und so ist die Vernachlässigung der Bevölkerungspolitik – wie zuerst M. *Wingen* hervorhob – in der BRD wohl auch darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerungsentwicklung lange Zeit als ‚problemlos‘ angesehen wurde (10). Vielfach wird noch die Auffassung vertreten, daß die Entscheidung, ob etwas ein Problem darstelle, eine Frage der Wertung und nicht der wissenschaftlichen Erkenntnis sei. Dabei wird gleichzeitig im Gefolge *Max Webers* unterstellt, daß es sich bei Erkenntnis und Wertung um zwei grundverschiedene menschliche Vorgänge handle, von denen der eine rational begründbar, der andere jedoch letztlich irrational und bestenfalls intuitiv nachvollziehbar sei. Auch wenn zugestanden wird, daß wissenschaftliches Handeln selbst wertgebunden ist, so wird doch gleichzeitig betont, daß „Einführung von Werturteilen in den wissenschaftlichen Aussagenzusammenhang“ auch für „die Anwendung der Wissenschaft im sozialen Leben“ überflüssig sei (11). In dem Sinne, wie H. *Albert* diese These gegen G. *Weisser* entwickelt hat, ist ihr m.E. durchaus zuzustimmen, doch verfehlt *Albert* mit diesem Ansatz das praktisch relevante Problem des Verhältnisses von Sozialwissenschaft und Politik. Deshalb bleibt auch sein Plädoyer für ‚kritischen Rationalismus‘ und ‚rationale Politik‘ merkwürdig abstrakt, um nicht zu sagen platonisch (12). Die im Verhältnis von Wissenschaft und Politik praktisch relevanten, noch weitgehend ungelösten (und unanalysierten!) Fragen liegen *diesseits* solcher Grundsatzörterungen (13).

Anwendungsorientierte Sozialwissenschaft ist stets *problemorientierte* Sozialwissenschaft, und zwar bedeutet der Begriff ‚Problem‘ hier nicht ‚wissenschaftliches‘, sondern ‚praktisches‘ Problem. Die Konstitutionsbedingungen des Problems liegen also außerhalb des Wissenschaftssystems; seine wissenschaftliche Bearbeitung setzt allerdings in der Regel durch wissenschaftliche Begriffe gesteuerte Umformulierungen der praktischen Problemstellung voraus, sofern die Praxis nicht wissenschaftliche Problemformulierungen zur eigenen Situationsdefinition bereits übernommen hat, was in der Bundesrepublik z.B. für Teilbereiche der Wirtschaftspolitik schon der Fall ist. Das setzt jedoch ein fortgeschrittenes Verhältnis von Wissenschaft und Politik voraus, das in bezug auf Fragen der Bevölkerungsentwicklung noch fehlt. Gerade dieses Fehlen ist für das Zustandekommen dieses Buches und die Motivation vieler seiner Autoren mitentscheidend gewesen, und der Herausgeber ist der Ansicht, daß es einen brauchbaren Beitrag zur wissenschaftlichen Fundierung der bevölkerungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik darstellt. Deshalb sei hier versucht, den

Entstehungszusammenhang dieses Bandes nachzuzeichnen und zu prüfen, in welcher Form hier Wertungen und Erkenntnisse miteinander verbunden sind.

1. In keinem der Beiträge findet sich eine ‚engagierte‘ Stellungnahme für eine der drei gängigen bevölkerungspolitischen Zielsetzungen; in zahlreichen Beiträgen strukturieren diese Alternativen jedoch die Problemstellung vor (14). Das Hauptgewicht der Analysen liegt auf den zu erwartenden *Folgen* einiger demographischer Entwicklungen (Geburtenrückgang, Zuwanderung), die für die demographische Lage der Bundesrepublik charakteristisch sind. *Bestimmung der Lage* und der in ihr enthaltenen Entwicklungstendenzen machen das Kernstück des Bandes aus.

2. Die Bestimmung der konstitutiven Momente der ‚Lage‘ setzt eine *Selektion* der relevanten Phänomene voraus: Nicht die seit kurzem wieder zunehmende Sterblichkeit der Männer wird z.B. thematisiert, sondern Geburtenrückgang und Wanderungsströme. Untersucht werden Folgen für das Wirtschaftswachstum, für die soziale Schichtung, die Familienstruktur oder die strukturelle Anpassungsfähigkeit der sozialen Systeme, nicht jedoch z.B. für die Entwicklung des Bildungswesens, der Wirtschaftsordnung oder die politische Macht. Die Selektionskriterien entstammen somit teilweise der praktisch-politischen, teilweise der wissenschaftlichen Interessensphäre. Aber auch dort, wo wissenschaftliche Begriffe (‚soziale Schichtung‘, ‚strukturelle Anpassungsfähigkeit‘) verwendet werden, geschieht dies implizit im Hinblick auf praktische Wertungen: Mobilität, Produktivitätssteigerung, Systemerhaltung bzw. -veränderung usw. *Die Selektion der ‚die Lage‘ konstituierenden Phänomene erfolgt also unter mehr oder weniger expliziter Bezugnahme sowohl auf die ‚praktische Relevanz‘ der Phänomene, als auf die theoretische Konsistenz des behandelten Objektbereichs.* Die ‚praktische Relevanz‘ wird jedoch nicht ausschließlich durch Werturteile definiert, sondern sie impliziert gleichzeitig einen Sachzusammenhang: Wenn die Folgen der Bevölkerungsentwicklung für die Dichtkunst oder die Atomphysik nicht thematisiert werden, so beruht dies nicht auf einem Werturteil, sondern auf der Vermutung, daß zwischen diesen Phänomenen kein nachweisbarer Sachzusammenhang bestehe. Umgekehrt beruht die Erörterung des Verhältnisses von Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum sowohl auf der angenommenen gesellschaftlichen Werthaftigkeit des Wirtschaftswachstums als auch auf der Vermutung eines nachweisbaren Zusammenhangs. *Ein guter Teil der bevölkerungspolitisch relevanten Diskussion bezieht sich geradezu auf den Nachweis oder die Widerlegung solcher Zusammenhänge, da auf diese Weise die politische Relevanz der Bevölkerungsvorgänge entweder erhöht oder erniedrigt wird.* Auf diese Weise ist auch die Wirksamkeit der Studien im Auftrag des ‚Club of Rome‘ zu verstehen.

3. Die Erörterung der *Folgen* demographischer Entwicklungen ist also der primär politisch relevante Teil der Diskussion, weil erst durch die nachweisliche Verknüpfung (oder ‚Entkoppelung‘) demographischer Vorgänge mit mehr oder weniger anerkannten gesellschaftlichen Zielsetzungen *das bevölkerungspolitische Problem definiert wird* (15).

4. Kein einzelner Beitrag vermag das bevölkerungspolitische Problem erschöpfend zu definieren, sondern ein jeder nimmt sich eines bestimmten Aspekts des Problems an, der durch die von ihm vertretene Grundwissenschaft (Bevölkerungswissenschaft, Nationalökonomie, Humangenetik, Ethologie, Soziologie) erschlossen werden kann. Nur durch die *multidisziplinäre Betrachtungsweise* kann das bevölkerungspolitische Problem angemessen definiert werden.

5. Geht man davon aus, daß eine solche Definition hier in etwa gelungen sei, so ist nach den Bedingungen zu fragen, die dies ermöglichten. Hier ist zunächst auf die zahlreichen Gespräche der das Symposium vorbereitenden Personen mit anerkannten Fachleuten zu verweisen, aus der die Selektion der Teilnehmer des Symposions resultierte. Diese Teilnehmer waren schon vorher durch einen *gemeinsamen Problemhorizont* insoweit verbunden, als dieser durch die vorangehenden öffentlichen Diskussionen bereits als hergestellt gelten kann. Durch die Referate und die viertägige Diskussion unter Beteiligung eines interessierten Laienpublikums wurde dieser Problemhorizont zudem *expliziert* und führte so zu einer Verständigung über relevante Dimensionen des Problems (16). Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß bei einer anderen Zusammensetzung des Teilnehmerkreises das Ergebnis hätte andere Akzente tragen können. Ein Vergleich der mitgeschnittenen mündlichen Stellungnahmen mit den hier vorliegenden Arbeiten zeigt jedoch in vielen Fällen eine Zunahme des Konsenses hinsichtlich der Relevanzkriterien der Problematik, was unterschiedliche inhaltliche Stellungnahmen nicht ausschließt. Man kann also auch sagen, daß die *Intentionalität der von verschiedenen Disziplinen herkommenden Forscher durch den Gruppenprozeß sich einander angeglichen hat*.

Fassen wir diese Reflexion der ‚Methode‘ dieses Bandes zusammen, so ergibt sich, daß trotz unterschiedlicher wissenschaftlicher Orientierungen ein gewisser Konsens der Problemformulierung erreicht werden konnte. Dieser Konsens wurde jedoch nicht durch eine ‚interdisziplinäre Theorie‘ ermöglicht, sondern durch einen gemeinsamen Horizont *gesellschaftlicher* Problembestimmung und durch einen Gruppenprozeß, von dessen glücklicher Vorbereitung Entscheidendes abhing.

Die unterschiedliche Struktur des auf generalisierende Sätze angelegten theoretischen Bemühens, das auch die Bevölkerungswissenschaft kennzeichnet, einerseits und des auf die Ermöglichung praktischer Veränderungen gesellschaftlicher Phänomene in einer konkreten historischen Situation angelegten, anwendungsorientierten wissenschaftlichen Bemühens andererseits wird von Wissenschaftlern *und* Politikern zu selten bedacht. Die Vorstellung, man könne über Ziele und Maßnahmen unabhängig von einer konkreten Lageanalyse sinnvoll theoretisieren, gehört zu den schönen Selbsttäuschungen einer sich nur akademisch verstehenden Wissenschaft und bildet gleichzeitig den besten Ansatzpunkt für eine bloß ideologische Indienstnahme wissenschaftlicher Äußerungen durch politische Interessen. Die Methodologie anwendungsorientierter Sozialwissenschaft ist jedoch noch kaum entwickelt (17). So viel kann jedoch schon heute gesagt werden, daß sie von einer Reflexion der Praxis angewandter Forschung, ihres Entdeckungs-, ihres Begründungs- *und* ihres Verwertungszusammenhangs auszugehen hat. Eine wissenschaftstheoretische Erörterung des Verhältnisses von ‚Theorie und Praxis‘ hilft hier nicht weiter (18).

Um so bemerkenswerter scheint mir die Parallelität des skizzierten Vorgehens mit den Forderungen, die F. Böckle in der Diskussion seines Referates aus der Sicht der Sozialethik an die bevölkerungspolitische Diskussion stellte: Nach seiner Auffassung konstituiert sich die sittliche Qualität von Handlungen erst in der Wahl zwischen Werten, von denen keiner an sich absolute Gültigkeit beanspruchen kann. Welche Wertorientierung im Falle einer konkreten Handlung den Vorzug verdient, ist nur unter Berücksichtigung der konkreten Umstände zu entscheiden. „Unbedingt ist nur das ‚Bonum‘ schlechthin. Der Mensch entscheidet sich in seiner Freiheit gegenüber dem ‚Bonum‘ an den ‚Bona‘, an den Gütern. Und darum steht die sittliche Wahl immer

als eine Wahl zwischen Gütern. Und was dann in Normen uns begegnet, ist praktisch nicht anderes als eine für viele Menschen vorweggenommene pädagogische Aktion. Hier werden solche Güterabwägungen sozusagen für den Gebrauch des Menschen, als Entlastungsfunktion vorweggenommen und haben dann Gültigkeit, insofern sie das Allgemeine treffen und mit den Bedingungen, die gesetzt sind, übereinstimmen“ (19). Die Ethik kann deshalb nach Böckle nicht auskommen ohne den Rückgriff auf die Analyse der empirischen Wissenschaften. „Das Symposium mußte uns informieren über die Konsequenzen, die aufgrund konkreter Entwicklungen zu erwarten sind. Daraus sind dann einige Schlußfolgerungen gezogen worden. Damit ist eine bevölkerungspolitische Entscheidung noch nicht festgenagelt, sondern es ist uns gesagt, welche Konsequenzen empirisch zu erwarten sind, wenn die gegenwärtigen Tendenzen des generativen Verhaltens andauern. Ein Psychologe könnte jetzt unter Umständen bestimmte zusätzliche Folgen, die im Zusammenhang mit diesem Phänomen stehen, prognostizieren. Der Ethiker hätte dann die durch solche Prognosen wahrscheinlich gemachten Werte einander gegenüberzustellen und steht dann vor der Frage, wie diese gegeneinander abzuwägen sind . . . Ich würde keine Schwierigkeiten sehen, daß man weitgehend Ethik heute auch versteht als das Ergebnis eines Dialogs. Nicht umsonst spricht etwa die ‚Erlanger Schule‘ im Zusammenhang mit der Rehabilitierung der praktischen Philosophie vom a priori der Kommunikationsgemeinschaft.“

Allerdings stellt sich die Frage, ob dieser ethische Begründungsversuch methodisch und praktisch für eine Fundierung gesellschaftspolitischer Reflexion ausreicht. Vor allem M. Wingen hob hervor, daß für gesellschaftspolitisches Handeln die Angabe konkreter Richtwerte unerlässlich sei, und „daß hier der Brückenschlag zwischen der Betrachtungsweise, die auf die einzelne Familie abstellt und der gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise noch nicht gelungen ist“. Der weitere Verlauf der Diskussion ließ erkennen, daß die Entwicklung operationaler Handlungsanweisungen jedoch nicht die Aufgabe der Ethik auf dem heute erreichten Stand der sittlichen Vernunft sein könne, sondern lediglich eine Erörterung der einem Problem angemessenen qualitativen Kriterien, also die Erörterung dessen, was wir unter Rekurs auf unsere obigen Ausführungen als legitime Selektionskriterien der Problembestimmung bezeichnen können.

Als Fazit dieser Diskussion sind vor allem folgende offene Fragen festzuhalten:

- a) Welche Art des Diskurses gestattet, über Güterabwägungen in transsubjektiv verbindlicher Weise zu sprechen, sobald auf den Diskurs abbrechende Werturteile verzichtet wird? Offensichtlich spielt dabei die Erörterung der Folgen einer Handlung eine entscheidende Rolle. Wie aber ist die Selektion der ins Auge gefaßten Folgen zu begründen?
- b) Wenn ethische Reflexion heute auf Dialog, auf Kommunikation angewiesen ist, wie kann sie dann als *sozialethische* gesellschaftspolitisch relevant werden? Ist nicht das Produkt dieses Symposiums, der vorliegende Band, bereits eine Vergegenständlichung des Gruppenprozesses, deren Kommunikation anderen Gesetzmäßigkeiten als denen des Dialogs unterliegt? Ist nicht – schlimmer noch – eine verdinglichende Vereinfachung der subtilen Erörterungen Bedingung der Möglichkeit ihrer praktischen Wirksamkeit? Und würde nicht dies jener Brutalisierung des Denkens und Handelns Vorschub leisten, die wir einleitend brandmarkten? Wie ist Politik ohne ‚technologisches Mißverständnis‘ möglich?



c) Inwieweit taugt das ‚klassische‘ Begriffsschema anwendungsorientierter Sozialwissenschaft – Ziel, Lage, Maßnahmen – noch zur problemadäquaten Strukturierung wissenschaftlicher Aussagen in praktischer Absicht? Welche Prozesse verbergen sich hinter Begriffen wie ‚Zielfindung‘ oder ‚Zielbestimmung‘? Sind es nicht gerade diese Formeln, welche die Nichtidentität von wissenschaftlichem und politischem Subjekt verdecken? Und unter welchen Bedingungen entgehen die Formeln von ‚Dialog‘ und ‚Kommunikation‘ dieser Gefahr?

Wenn diesem Band irgendeine bevölkerungspolitische Wirksamkeit zukommen soll, über die sich alle Autoren einig sind, dann diejenige einer *Erweiterung der bevölkerungspolitischen Perspektive* über das simple Dreierschema alternativer Bevölkerungstrends hinaus, dessen geringe Tragfähigkeit durch ein einfaches Gedankenexperiment verdeutlicht werden kann: Unendlich sich fortsetzendes Bevölkerungswachstum führt notwendigerweise zur Überfüllung der Erde; unendlich sich fortsetzender Bevölkerungsrückgang führt notwendigerweise zum Aussterben einer Bevölkerung; eine dauerhafte Stabilisierung der Bevölkerungszahl auf einem erreichten Stand ist – vgl. den Beitrag von P. Marschalck – praktisch unmöglich. Die wissenschaftlich und praktisch interessanten Fragen liegen nicht in der unendlichen Extrapolation eines Trends, sondern im Problem, wie die absehbaren Trends der Bevölkerungsentwicklung (unter Einschluß der Wanderungen!) an einer konkreten, raumzeitlich bestimmten Stelle – hier also: der Bundesrepublik in der Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts – unter Berücksichtigung ihrer (sozialen, wirtschaftlichen, genetischen etc.) Folgen zu *beurteilen* und gegebenenfalls zu beeinflussen sind.

Dem steht nicht entgegen, daß die Autoren hoffen, daß manche ihrer Einsichten für Staaten mit einer ähnlichen Situation nützlich sein mögen und daß in zahlreichen Beiträgen die Probleme einer internationalen Bevölkerungspolitik mitbedacht werden. Der Versuch zur Generalisierung von Hypothesen ist schon deshalb berechtigt, weil nur auf diese Weise die Chance ihrer Widerlegung bzw. Präzisierung gewahrt werden kann. Die bevölkerungspolitische Auswertung der Argumente bleibt jedoch im Zweifel an den Horizont gebunden, der die Erörterungen faktisch bestimmt hat.

### 3. Bevölkerungspolitik und Gesellschaftspolitik

Das ‚bevölkerungspolitische Problem‘ der Bundesrepublik in der Mitte der siebziger Jahre läßt sich zunächst durch zwei demographische Phänomene kennzeichnen:

- a) den seit einem Jahrzehnt anhaltenden Geburtenrückgang,
- b) die zunehmende Bedeutung nur schwach oder überhaupt nicht akkultrierter Ausländer für Zusammensetzung und Reproduktionsleistung der Bevölkerung.

‚Problematisch‘ erscheinen diese Vorgänge dem öffentlichen Bewußtsein aufgrund von Wertungen und Motiven, die selten explizit gemacht werden. Es ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß hierbei ideologische und nationalistische Motive eine Rolle spielen, die von den diese Vorgänge analysierenden Wissenschaftlern nicht geteilt werden.

Auch wenn diese Motive für die wissenschaftliche Beschäftigung mit den anstehenden Phänomenen irrelevant sein mögen, so sind die diesbezüglichen Analysen von H. W. Jürgens (vgl. S. 173 ff.) doch für den Verwendungszusammenhang bevöl-

kerungspolitischen Wissens keineswegs unerheblich. Da es sich hier allerdings nicht um ‚Motive‘ im psychologischen Sinne, sondern um Legitimationszusammenhänge der Problematisierung von Sachverhalten im öffentlichen Bewußtsein handelt, scheint es immerhin möglich, die Leitlinien der öffentlichen Diskussion durch andere, im wissenschaftlichen und/oder ethischen Diskurs gewonnene Einsichten zu beeinflussen. Mehr zu erwarten käme einer Selbsttäuschung der Wissenschaftler gleich.

Wie die Ausführungen dieses Bandes zeigen, sind die erwähnten demographischen Phänomene auch aufgrund wissenschaftlicher Analysen ‚problematisch‘: Weder eine Fortsetzung des Geburtenrückgangs noch eine Kompensation durch fortgesetzte Einwanderung sind nach übereinstimmender Auffassung der Teilnehmer des Symposiums ‚wünschenswert‘. Dennoch gingen die Auffassungen darüber, ob und in welcher Hinsicht dies ein Anlaß zur Empfehlung politischer Maßnahmen sein solle, weit auseinander, wobei die Vielschichtigkeit und ein uneinheitlicher Gebrauch des Begriffs ‚Bevölkerungspolitik‘ die Verständigung gelegentlich erschwerte. Einigkeit herrschte offensichtlich darüber, daß die Öffentlichkeit über Ursachen und Folgen demographischer Veränderungen mehr als bisher aufgeklärt und bestehende Vorurteile nach Möglichkeit abgebaut werden müßten. In diesem Sinne wurde ‚Bevölkerungspolitik‘ nicht nur als ‚wünschbar‘, sondern als ‚notwendig‘ deklariert (20).

Dagegen beurteilten die meisten Teilnehmer die Möglichkeiten einer bewußten *pronatalistischen* (21) Bevölkerungspolitik skeptisch, und zwar aufgrund unterschiedlicher Motive. Zum einen wurde in Frage gestellt, ob der gegenwärtige Geburtenrückgang tatsächlich das Resultat struktureller Veränderungen des generativen Verhaltens darstelle, oder ob er als Abschwungphase einer längeren Bevölkerungswelle zu betrachten sei (22). Offensichtlich stand hinter dieser Kontroverse zunächst die Vorstellung, daß im Falle einer strukturellen Änderung grundsätzlich staatliche Maßnahmen angezeigt seien, während im Falle einer bloß ‚konjunkturellen‘ Interpretation des Phänomens solche überflüssig seien. Der Fortgang der Diskussion zeigte jedoch bald, daß dies eine zu einfache Vorstellung ist. Da die jeweilige Geburtenzahl einer Bevölkerung als Resultante nahezu gleich vieler Entscheidungsprozesse auf der Ebene der einzelnen Ehepaare zu betrachten ist (23), die Entscheidungsparameter der einzelnen Ehepaare jedoch sehr unterschiedlich sein können, verlagerte sich die Fragestellung zunehmend in den Bereich der komplexen sozio-strukturellen Bedingungen des generativen Verhaltens.

Die Vorstellung, man könne z.B. durch Einführung bzw. Anhebung von Kinderbeihilfen wirkungsvolle Bevölkerungspolitik betreiben, ist sicher zu einfach, da die gewünschte Kinderzahl von sozio-kulturellen Faktoren stärker als von ökonomischen abhängig sein dürfte. Darüber hinaus kommt – wie die Ausführungen von G. R. Rückert (s. S. 17) zeigten – den Wohnverhältnissen als Einzelfaktor wesentlich größere Bedeutung zu als den Einkommensverhältnissen. Dennoch läßt sich daraus nicht schließen, daß Kinderbeihilfen überflüssig seien. Zum einen ist das bevölkerungspolitische nur eines unter vielen möglichen Motiven für Kinderbeihilfen, und es würde dem bereits analysierten, verkürzten Theorie-Praxis-Verständnis entsprechen, wenn man eine so partikuläre wissenschaftliche Aussage z.B. wie „Kinderbeihilfen sind weniger geeignet, die Geburtenrate auf Dauer anzuheben als eine ideelle Aufwertung der Familie“ in die politische Handlungsanweisung umsetzen würde: „Statt Kinderzulagen Familienschutzgesetze!“ Zum anderen spielt die Höhe des Familieneinkommens möglicherweise in vielen Fällen eine *mittelbare* Rolle im Zusammenhang mit

Entscheidungsprozessen einer Familie, die für deren Kinderzahl relevant sind: Beispielsweise für die Entscheidung über die tragbare Wohnungsgröße oder die Erwerbstätigkeit beider Eheleute. Der Umstand, daß sich der Einfluß des Kindergeldes statistisch gesichert vermutlich nicht isoliert darstellen läßt, heißt also noch nicht, daß es deshalb für die Kinderzahl bedeutungslos sei. Allein schon der Umstand, daß kinderreiche Familien in der Regel einen geringeren Lebensstandard auf sich nehmen, kann *andere* Eheleute davon abhalten, eine entsprechende Kinderzahl anzustreben oder gar die öffentliche Meinung über kinderreiche Familien beeinflussen.

Dieses Beispiel sollte nur dazu dienen, die Unsinnigkeit einer engen, ausschließlich am Bevölkerungsgeschehen orientierten politischen Betrachtungsweise darzutun. Anstelle einer „direkten“ wurde demzufolge eine „indirekte Bevölkerungspolitik“ (J. David), eine „Einbettung von Bevölkerungspolitik in Gesellschaftspolitik“ (R. Mackensen), eine „Gesellschaftspolitik unter bewußter Berücksichtigung der demographischen Seiteneffekte ihrer Maßnahmen“ (F. X. Kaufmann) gefordert.

Über dieses *Programm* war unter den Teilnehmern weitgehend Einigkeit zu erzielen, und zwar nicht als bloße Kompromißformel, sondern als der geeignete Weg, um die bevölkerungspolitische Diskussion in der Bundesrepublik von der Tabuisierung zu befreien und vor einer Brutalisierung zu schützen. Über die Möglichkeiten und Bedingungen einer Realisierung wurde jedoch auf dem Symposium kaum mehr gesprochen; die Programmformel war selbst Ergebnis, nicht Programm der Tagung. Sie bietet wohl erhebliche Vorteile – etwa für die zusammenfassende Betrachtungsweise der Gastarbeiterproblematik und der Familienpolitik – aber ihre Realisierung dürfte eine Vielzahl neuer Probleme aufwerfen, die hier abschließend nur noch angedeutet werden können:

1. Das Wort ‚Gesellschaftspolitik‘ steht heute in der Bundesrepublik für die Forderung, daß gegenüber der unüberschaubaren Vielzahl von Einzelproblemen eine übergreifende, die ‚großen Dimensionen‘ aufzeigende Perspektive notwendig sei. Nur eine Minderheit marxistisch orientierter Intellektueller glaubt jedoch, heute über eine Theorie zu verfügen, welche diese übergreifende Perspektive ermöglicht und zugleich ideologisch und methodisch absichert. Das Wort ‚Gesellschaftspolitik‘ fungiert im übrigen weitgehend als Leerformel, legitimiert jedoch immerhin Bemühungen, in der praktischen Politik den Ressortegoismus und in den Wissenschaften die Beschränktheit der Fachhorizonte zu überwinden. Eine ‚Theorie der Gesellschaftspolitik‘ ist trotz mancher programmatischer Ankündigungen ebensowenig in Sicht wie ein rationales Konzept praktischer Gesellschaftspolitik, sofern man darunter die Verbindung der ‚großen Perspektive‘ mit konkreten politischen Maßnahmen versteht.
2. Jedes gesellschaftspolitische Konzept setzt die Entscheidung für oder gegen bestimmte gesellschaftliche Strukturen voraus. Je umfassender das Konzept, um so schwieriger ist es, diese Entscheidung in rationalen Diskursen zu begründen und mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden auf seine innere Stimmigkeit zu prüfen.
3. In dieser, durch die Skylla bloß technologisch konzipierter Problemverengungen und die Charybdis grenzen- (und d.h.: definitions-) loser Problemerkweiterungen gekennzeichneten Situation empfiehlt sich ein mittlerer Weg der Ausgrenzung und Bearbeitung fach- und ressortübergreifender Problemstellungen, deren sachlicher Zusammenhang jedoch bereits weitgehend aufgeklärt ist. Ihre Beeinflußbarkeit und ihre Auswirkungen sind in möglichst allen relevanten Dimensionen, d.h. aus verschiedenen fachwissenschaftlichen Perspektiven und im Hinblick auf verschiedene

gesellschaftliche Wertgesichtspunkte zu untersuchen. In dem Maße als sich bei der Untersuchung derartiger Problembereiche (z.B. Bevölkerungsentwicklung, Gesundheitswesen, Bildungswesen, Kriminalitätsbekämpfung, Stabilisierung des Beschäftigungsgrades, Raumordnung, Humanisierung der Arbeit) ähnliche Problemstrukturen ermitteln lassen, könnten diese das empirische Material einer ‚Theorie der Gesellschaftspolitik‘ abgeben, ohne welches die Formeln stets leer bleiben werden.

4. Weitgehend unaufgeklärt ist die Art und Weise, in der sozialwissenschaftliche Problembearbeitungen für praktisches politisches Handeln relevant werden. Wenn die Vermutung richtig ist, daß eine wesentliche praktische Funktion der Sozialwissenschaften darin besteht, daß sie in zunehmendem Maße die Situationsdefinitionen der politisch Handelnden mitbestimmen, so könnte der hier vorgeschlagene (und in Ansätzen in diesem Band bereits praktizierte) ‚mittlere Weg‘ auch zu einer Erweiterung des praktischen politischen Bewußtseins beitragen.

### Anmerkungen

- (1) Daß dies kein Problem der Verfeinerung von Prognosemodellen, sondern der strukturellen Eigenart moderner Gesellschaften ist, macht der Beitrag von R. Mackensen deutlich. Vgl. vor allem S. 90 ff.
- (2) Vgl. Jay W. Forrester, *World Dynamics*, Cambridge (Mass.) 1971 – Dennis Meadows *et al.*, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972.
- (3) Ein Teil der Diskussion über die Meadows-Studie liegt zusammengefaßt vor in H.v. Nussbaum (Hrsg.), *Die Zukunft des Wachstums. Kritische Antworten zum „Bericht des Club of Rome“*, Düsseldorf 1973.
- (4) Jay W. Forrester, a.a.O., S. IX (von mir übersetzt, in der verstümmelten deutschen Ausgabe [„Der teuflische Regelkreis“] nur teilweise enthalten).
- (5) „Kritische Würdigung durch den Club of Rome“ in: D. Meadows *et al.*, a.a.O., S. 174 und 176.
- (6) So neuerdings auch D. Meadows: „So war es natürlich unser Ziel, durch die Veröffentlichung von ‚Grenzen‘ (des Wachstums, d.V.) sowohl eine Wertänderung als auch ein Langfristplanen zu fördern“. (D. L. Meadows: *Die Grenzen des Wachstums und die Planung für die Zukunft*, in: D. L. Meadows *et al.*: *Wachstum bis zur Katastrophe? Pro und Kontra zum Weltmodell*. Stuttgart 1974, S. 17).
- (7) Vielfach wird denn auch der ‚mythische Charakter‘ der Prognose hervorgehoben. Vgl. vor allem H. R. Schlette, *Zur ‚Geschichtsphilosophie‘ des Club of Rome*. In *Orientierung* (Zürich), 37. Jg. (1973) Nr. 18, S. 198–200; Nr. 19, S. 212–216.
- (8) Nach Abschluß dieses Manuskripts ist ein erster Bericht über das regionalisierte Weltmodell erschienen: M. Mesarović/ E. Pestel, *Menschheit am Wendepunkt – 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage*, Stuttgart 1974. Im Gegensatz zum Forrester-Modell mit einigen hundert angenommenen Beziehungen umfaßt das regionalisierte Weltmodell beim gegenwärtigen Stand bereits ca. 100 000 Beziehungen; es ist beeindruckend, mit welchem Scharfsinn, die oben angedeuteten Probleme – insbesondere auch der Einbezug sozialer und politischer Variablen – technisch zu lösen versucht wird. Dennoch vermag auch diese Studie das Problem des Weltsubjektes nicht zu artikulieren – es wird durch von Wissenschaftlern entwickelte Szenarios fingiert. – Problematisch an dem Bericht scheint insbesondere die kryptonormative systemtheoretische Annahme, daß „unter normalen Umständen . . . die verschiedenen Ebenen eines hierarchischen Systems ziemlich unabhängig voneinander“ seien „und daher ist gegenintuitives Verhalten ein Zeichen dafür, daß sich das System in einer Krise befindet und deshalb abnorm verhält“. – Bedenklich scheint mir, daß dieser zweite Bericht, der sehr konkrete politische Forderungen vor allem an die westlichen Industriestaaten enthält und zur praxisrelevanten Veränderung des politischen

- Bewußtseins weit mehr beizutragen vermöchte als der erste Bericht, bei weitem nicht die gleiche öffentliche Aufmerksamkeit erfährt.
- (9) Vgl. vor allem Hans *Albert*, *Wissenschaft und Politik. Zum Problem der Anwendbarkeit einer wertfreien Sozialwissenschaft*. In: Festschrift für Viktor *Kraft*, hrsg. von E. *Topitsch*, Wien 1960, und Karl Dieter *Opp*, *Zur Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien für praktisches Handeln*. In: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* Bd. 123 (1967), S. 393–418.
  - (10) Vgl. Max *Wingen*, *Zum Verhältnis von Familienpolitik und Bevölkerungspolitik*. In: *Civitas – Jahrbuch für Sozialwissenschaften* Bd. XI (1972), S. 117 f.
  - (11) Vgl. Hans *Albert*, *Traktat über kritische Vernunft*. Tübingen 2. A. 1969, S. 65 ff.
  - (12) „Es kommt nicht darauf an, den verborgenen Sinn des sozialen Geschehens zu enthüllen oder dieses Geschehen mit einer höheren Weihe zu versehen, sondern darauf, *kritische Gesichtspunkte* und *konstruktive* Ideen zur Lösung der politischen Problematik beizusteuern . . . Die nomologischen Wissenschaften haben also in praktischer Hinsicht vor allem auf die Funktion, Grenzen der Realisierbarkeit – und damit Beschränkungen politischer Möglichkeiten aufzuweisen . . .“ (ebenda, S. 173 und 176).
  - (13) Vgl. hierzu auch den geistreichen Essay von Walter Adolf *Jöhr*: *Gespräche über Wissenschaftstheorie*, Tübingen 1973, bes. S. 12, sowie als empirische Studie P. *Ford*, *Social Theory and Social Practice. An Exploration of Experience*, Shannon 1968, und demnächst: Wolfgang van den *Daele*/Peter *Weingart*: *Resistenz und Rezeptivität der Wissenschaft – zu den Entstehungsbedingungen neuer Disziplinen durch die wissenschaftspolitische Steuerung*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 4. Jg. (1975).
  - (14) Dies ist allerdings bereits als Ergebnis des Diskussionsprozesses und der größeren Vorsicht schriftlicher Formulierungen zu interpretieren. Gerade die mündliche Diskussion gestattete ‚probeweises‘ Engagement für bestimmte Alternativen.
  - (15) Die Feststellung der Humangenetik, daß der Geburtenrückgang aller Voraussicht nach sehr differenzierte Veränderungen des Erbgutes einer Bevölkerung nach sich zieht, die nicht auf eine Pauschalbewertung zusammengezogen werden können (vgl. M. *Tünste*, S. 123 f.) ist deshalb bevölkerungspolitisch durchaus relevant, auch wenn der Politiker lieber eine ‚eindeutige Antwort‘ hätte.
  - (16) Es war geplant, diesem Band eine Zusammenfassung der geführten Diskussionen beizugeben, doch mußte dieses Vorhaben wegen Verhinderung des vorgesehenen Bearbeiters fallen gelassen werden. Im folgenden werde ich versuchen, wenigstens einige Diskussionslinien anzudeuten.
  - (17) Erste begriffliche Ansätze bei W. A. *Jöhr*, *Schätzungsurteil und Werturteil*. In: *Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Erwin von *Beckerath* zum 75. Geburtstag. Tübingen 1964, S. 155–168; vgl. auch Herbert J. *Gans*, *Social Science for Social Policy*. In: *The Use and Abuse of Social Science*. New Brunswick 1971, S. 13 bis 33.
  - (18) Bezeichnenderweise hat der ‚Postitivismustreit in der deutschen Soziologie‘ (vgl. den gleichnamigen Band von Th. W. *Adorno et al.*, *Soziologische Texte* Bd. 58. Neuwied und Berlin 1969) in dieser Hinsicht ebensowenig eine Klärung gebracht wie die Kontroverse zwischen Klaus *Holzcamp* und Hans *Albert* (vgl. K. *Holzcamp*, *Kritischer Rationalismus als blinder Kritizismus*. In: *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, Bd. 2 [1971], S. 248–270. – H. *Albert*/H. *Keuth* [Hrsg.], *Kritik der kritischen Psychologie*, Hamburg 1973).
  - (19) Zitate ohne Quellenangabe beziehen sich im folgenden stets auf von mir ‚geglättete‘ Tonbandaufzeichnungen der Diskussion.
  - (20) Dr. Jakob *David* (Zürich) hatte als Leiter der diesbezüglichen Diskussion folgende Fragen gestellt:
    - „a) Ist Bevölkerungspolitik überhaupt wünschbar oder nicht?
    - b) Welches sind die Ziele einer Bevölkerungspolitik und läßt sich hierüber Einigkeit herstellen?
    - c) Was wissen wir über die Mittel zur Beeinflussung des Bevölkerungsgeschehens?“
  - (21) Vor allem W. *Köllmann* zeigte auf, daß eine antinatalistische Politik wesentlich leichter zu realisieren ist (Kindestötung, Abtreibung, vgl. Japan) als eine pronatalistische.
  - (22) Wie die Ausführungen von R. *Mackensen* (S. 93 ff.) zeigen, spricht zwar vieles für eine strukturelle Veränderung des generativen Verhaltens, doch schließt dies einen erneuten Geburtenanstieg nicht aus.

214 Anmerkungen

- (23) Die unehelichen Geburten können angesichts ihres geringen Anteils hier vernachlässigt werden; das ‚Entscheidungsmodell‘ wird mit der fortschreitenden Durchsetzung der Geburtenkontrolle immer adäquater.